

Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren

Antrag des Bundesausschusses
an den 37. Bundesparteitag
beschlossen am 5. Juni 1989

Präambel

1 Als große deutsche Volkspartei hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands in Bund, Ländern und Gemeinden die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt.

Die Mitglieder der CDU haben durch ihr Engagement in der Partei, als deren Funktionsträger sowie als Mandatsträger in Gemeinden, Kreisen und Städten, als Abgeordnete in Landtagen, Bürgerschaften und Abgeordnetenhaus, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament unserem Gemeinwesen gedient. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß nach dem Zusammenbruch aller staatlichen Ordnung die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland fest verankert wurde und unser Land in einer beispiellosen Entwicklung zu Wohlstand, sozialer Sicherheit, Frieden und internationalem Ansehen fand.

Als Volkspartei ist die CDU politische Heimat für Männer und Frauen aus allen Gruppen und Schichten unseres Volkes. Sie vereint christlichsoziale, liberale und konservative politische Überzeugungen. Als Volkspartei hat die CDU immer eine konsequente Politik der Mitte gestaltet; diesem Erbe ist und bleibt sie verpflichtet.

Politik der Mitte bedeutet, auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

- Bewährtes zu schützen und zugleich neue Perspektiven politischen Handelns zu entwickeln;
- unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele zu verbinden;
- Belange des Gemeinwohls gegen Gruppeninteressen durchzusetzen;
- eine freie, eigenverantwortliche Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität zu ermöglichen;
- eine wechselseitige, solidarische Verantwortlichkeit zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft einzufordern, die gleich weit entfernt ist vom ungebundenen Individualismus und vom Kollektivismus;
- die Durchsetzung des Rechts zu garantieren, welches Freiheit auch für den Schwächeren möglich macht und die Freiheit nach innen und außen zu schützen;
- Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung miteinander zu verknüpfen;
- Verlässlichkeit im westlichen Bündnis und zugleich Dialogbereitschaft mit den Ländern Mittel- und Osteuropas zu praktizieren;
- Engagement für die Verwirklichung der Menschenrechte in linken und rechten Diktaturen aufzubringen;
- eingedenk des Gebotes der Präambel zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland die nationale und staatliche Einheit zu wahren und wiederherzustellen sowie als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

Eine geradlinige und zuverlässige Politik der Mitte ist auch in Zukunft Voraussetzung für die Stabilität unserer Demokratie. Die CDU kämpft entschieden dafür, daß das Schicksal unseres Landes nicht von Radikalen — weder rechten noch linken — bestimmt wird. Politischer Extremismus würde die Demokratie untergraben, Wohlstand und soziale Sicherheit gefährden, den inneren Frieden zerstören und uns international isolieren.

An eine Volkspartei sind hohe Anforderungen gestellt: Sie muß über Integrationskraft, Offenheit, Fähigkeit zur Partnerschaft — auch zwischen Mann und Frau —, Wille zur Solidarität, Bereitschaft zum Kompromiß und

über Toleranz gegenüber den Überzeugungen Andersdenkender verfügen. Von ihr sind politische Tugenden wie Gerechtigkeitssinn, Uneigennützigkeit, Standfestigkeit, Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit sowie Kraft und Mut auch zu unpopulären Entscheidungen verlangt. Sie ist bürgernah, oder sie ist keine Volkspartei.

An diesen Maßstäben müssen sich sowohl die Politik der CDU als auch deren Funktions- und Mandatsträger messen lassen. Die Programmatik der Partei, der Stil des Auftretens ihrer Vertreter und das Handeln in Regierungsverantwortung oder Opposition können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Diesem hohen Anspruch hat sich die CDU immer wieder neu zu stellen.

Als Volkspartei ist die CDU in besonderer Weise befähigt, den kulturellen, technologischen, gesellschaftlichen und politischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland human zu gestalten, Konflikte, Spannungen und Interessensgegensätze auszugleichen und zukunftsgerechte Lösungen zu erarbeiten. Als moderne, sozial aufgeschlossene und bürgernahe Volkspartei der Mitte ist die CDU die Partei der Zukunft.

2 Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, muß die CDU ständig überprüfen, ob

■ die Auswahlverfahren für ihre Repräsentanten in den staatlichen Vertretungskörperschaften

■ die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft

■ die Formen ihrer Parteiarbeit und

■ die Strukturen ihrer Organisation
den Bedürfnissen einer Volkspartei entsprechen.

Seit Ende der 60er Jahre, insbesondere aber in den 70er Jahren, hat die CDU Deutschlands eine schlagkräftige Organisation aufgebaut, die bis in die kleinste Gemeinde reicht. Am Beispiel des Aufbaus der Senioren-Union zeigt sich die Fähigkeit der Partei, auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren.

In den 90er Jahren stellen sich neue Herausforderungen. Gesellschaftliche Veränderungen sind ebenso aufzugreifen wie ein gewandeltes Politikverständnis; die neuen Möglichkeiten der Massenkommunikation müssen für eine erfolversprechende Parteiarbeit nutzbar gemacht werden.

Insbesondere gilt es, den seit Anfang der 80er Jahre zu beobachtenden Vertrauensschwund der Bürger gegenüber den Parteien zu überwinden.

Insbesondere Frauen, Jugendliche und Menschen an ihrem Arbeitsplatz werden durch die traditionellen Formen der Parteiarbeit der CDU nur unzureichend angesprochen.

Fünf Problemfelder sind offenkundig:

■ Die Parteien werben zwar ständig um den zu einer umfassenden politischen Beteiligung bereiten Bürger; dem Bürger, der nur problem- oder nur projektbezogen oder nur zeitlich befristet mitarbeiten will, unterbreiten sie nur wenige Angebote zur Mitarbeit.

■ Die vielfältigen neuen Möglichkeiten der Kommunikation müssen genutzt werden, um den Bürger wirksamer anzusprechen.

■ Die Anliegen der Bürgerschaft werden den parlamentarischen Gremien nicht immer ausreichend vermittelt.

■ Die Parteien beschäftigen sich häufig mehr mit sich selbst als mit den Problemen der Menschen.

■ Die Mitgliederzahlen gehen zurück.

Der 36. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden hat deshalb beschlossen, die Organisationsstrukturen der Partei zu überprüfen und Vorschläge für eine bürgernahe und moderne Parteiarbeit zu entwickeln.

I. Repräsentanz in staatlichen Vertretungskörperschaften

Situationsbeschreibung

3 Das repräsentativ-parlamentarische System in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den 40 Jahren seines Bestehens bewährt. Es ist eine wesentliche Voraussetzung dafür gewesen, die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu verankern und zu festigen; das repräsentative parlamentarische System ermöglicht Fortschritt und Entwicklung und bewahrt gleichzeitig die Stabilität der politischen Ordnung. Die CDU als größte deutsche Volkspartei trägt eine besondere Verantwortung für diese repräsentative Demokratie.

Angesichts schwieriger und komplexer politischer Entscheidungsaufgaben der staatlichen Organe und der Parlamente in einem hochorganisierten und hochdifferenzierten politischen Gemeinwesen wie der Bundesrepublik Deutschland ist die repräsentative Demokratie auch in Zukunft am ehesten geeignet, sachgerechte und am Gemeinwohl orientierte politische Lösungen zu erbringen.

Die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie wird in der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt, vor allem der in Städten und Gemeinden von ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderäten oft unter Einsatz eigener finanzieller Mittel und mit dem Verzicht auf Freizeit erbrachte Dienst am Gemeinwesen.

Unabhängige, bürgernahe, mit der Lebenswirklichkeit der Bürger vertraute Abgeordnete, die aus allen Schichten des Volkes kommen, bieten die beste Gewähr dafür, daß sich die Bürger durch die Parlamente repräsentiert fühlen. Unterrepräsentiert in unseren Volksvertretungen sind heute junge und alte Menschen, Frauen, Arbeitnehmer aus den gewerblichen Berufen, Selbständige, Kunst- und Kulturschaffende.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland enthält in Artikel 21 den Auftrag an die Parteien, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Zu den Aufgaben, die die Verfassung den Parteien übertragen hat, gehört die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Parlamente.

Empfehlungen:

4 Die Arbeit in den Parlamenten ist eine wichtige Bewährungsprobe für die CDU. Hier vor allem wird der Nachweis der politischen Leistungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit erbracht.

Den Gremien der Partei, denen die Auswahl der Kandidaten zufällt, und den Parteivorständen ist ein hohes Maß an Verantwortung auferlegt. An dieser Verantwortung haben sich die Diskussion zur Person der Kandidaten und die Kandidatenauswahl zu messen. Über die Kandidatenauswahl muß jeweils ein Reservoir an neuen Kräften erschlossen werden. Kandidatenaufstellung bedeutet ebenso Kontinuität wie Erneuerung bis hin zum notwendigen Wechsel der Führungskräfte.

5 Dem Trend zum Berufspolitiker auf Landesebene muß entgegengewirkt werden. Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung müssen ein Mandat

ausüben können, ohne auf die Berufsausübung zu verzichten. Es muß wieder attraktiv werden, dem Gemeinwesen auf Zeit zu dienen.

Inkompatibilitätsregelungen — z. B. im Hinblick auf Bürgermeister, Landräte und Hochschullehrer — sind zu überprüfen. Die Bindung an den Beruf muß auch in den Parlamenten aufrechterhalten werden können. Die Demokratie braucht mehr lebensnahe Politiker, die auch ihre Erfahrungen aus der Berufswelt in die Parlamentsarbeit einbringen.

Die Qualität der Parlamentsarbeit ist zu verbessern. Dies hängt entscheidend von der Qualität der Kandidaten ab. Hier sind zwei Aspekte zu berücksichtigen:

■ Die Bedeutung einer innerparteilichen Bewährung ist ausdrücklich anzuerkennen. Bewährung in der Parteiarbeit ist ein gutes Mittel, politische Fähigkeiten zu erlernen und zu erproben. Gerade deshalb ist die innerparteiliche Führungsauslese zu verbessern.

■ Zwischen Führungspositionen der Gesellschaft und politischen Führungspositionen muß eine größere Durchlässigkeit angestrebt werden.

Die Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie und das Ansehen der CDU in der Öffentlichkeit werden maßgeblich von der Qualität ihrer Amts- und Mandatsträger geprägt. Deshalb ist auf die Auswahl sachkundiger, bürgernaher und persönlich integrierender Kandidaten, die als Parlamentarier die im Volke vorhandenen politischen und sozialen Anschauungen, Interessen und Zielvorstellungen integrieren und politisch in die Tat umsetzen können, besonders zu achten.

Die Amts- und Mandatsträger der Volkspartei CDU müssen die Vielfalt der beruflichen, sozialen und landsmannschaftlichen Gruppen und der Generationen widerspiegeln und so den Volksvertretungscharakter der Parlamente stärken.

6 Eine Parlamentsreform soll bessere Möglichkeiten schaffen, die parlamentarische Arbeit mit Beruf, Familie und Freizeit zu vereinbaren. Bundestag, Landtage und die kommunalen Parlamente müssen ihre Arbeitsmethoden überprüfen, ihre Arbeitszeiten rationeller einsetzen, nennenswert kürzen oder in zusammenhängenden Tagungswochen zusammenfassen. Dies eröffnet Parlamentariern bessere Möglichkeiten zum Engagement in Gesellschaft und Partei.

7 Kandidaten der CDU müssen ein überzeugendes Verhältnis zwischen den Generationen aufweisen:

■ Jungen Menschen ist eine faire Chance einzuräumen:

Von Repräsentanten der jungen Generation kann zum Zeitpunkt der Aufstellung nicht alles an Fähigkeiten erwartet werden, was den erfahrenen Bewerber auszeichnet. Mit jungen Kandidaten sollen auch andere Sichtweisen und Akzente bewußt aufgenommen werden.

■ Die Lebensleistung und die Erfahrung älterer Menschen ist stärker durch die Mitarbeit in den Parlamenten für das Gemeinwohl zu nutzen.

■ Für die Fraktionen aller Parlamente sind mehr Frauen aufzustellen. Die Ablehnung einer Quote durch die CDU ist nur dann glaubwürdig, wenn mehr Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Mitgliedern die Möglichkeit der Kandidatur und der Mitarbeit in verantwortlichen Positionen eröffnet wird. An die Qualifikation der Kandidatinnen dürfen keine anderen Maßstäbe angelegt werden als an die männlicher Kandidaten. Die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter ist bei Kandidatenaufstellungen als gleichwertig zur Erwerbsarbeit zu würdigen.

Alle gesellschaftlichen Gruppierungen sind durch Kandidaten aus den Bereichen der Arbeitnehmerschaft, der Selbständigen, des Mittelstandes auf aussichtsreichen Plätzen der Kandidatenlisten zu berücksichtigen. Die Kandidaten sollen aktiv im Berufsleben stehen und mit der Lebenswirklichkeit der gesellschaftlichen Gruppe, der sie angehören, vertraut sein. Die Repräsentanten dieser gesellschaftlichen Gruppierungen müssen zwar deren Interessen überzeugend formulieren und ihren Sachverstand einbringen können, darüber hinaus aber in der Lage und bereit sein, im Parlament über eigene Interessenbindungen hinaus die am Gemeinwohl orientierte Politik der CDU zu vertreten. Einseitige Interessenvertreter können nicht Kandidaten der CDU sein.

8 Die politische Glaubwürdigkeit der CDU hängt von ihrer politischen Arbeit und von ihren Kandidaten ab. Persönliche Glaubwürdigkeit bietet dem Bürger die Gewähr, daß die politische Aussage auch verwirklicht wird. Daher müssen die Bewerberinnen und Bewerber in der Lage sein, das Profil der CDU durch ihre Person zu prägen.

Der persönlich vorbildliche Einsatz des Politikers ist entscheidend für das Ansehen der Demokratie. Die öffentliche Meinung widmet dem demokratischen Verhalten des Politikers mit Recht immer mehr Aufmerksamkeit. Demokratisches Verhalten ist Grundbedingung für eine erfolgreiche Kandidatur. Politisches Handeln wird von der Bevölkerung dann

als demokratisch anerkannt, wenn der Politiker seine Meinung mutig, klar und zielbewußt öffentlich vertritt und gleichzeitig die Meinung des Andersdenkenden achtet. Die Auseinandersetzung in der Sache zeigt politische Alternativen auf und ist ein Lebesselement der Demokratie.

Bei der Aufstellung von Kandidaten muß sichergestellt sein, daß an deren persönlichen Integrität kein begründeter Zweifel möglich ist. Sie müssen sich gesellschaftliche Anerkennung durch Bewährung im Beruf, in Familien- und Erziehungsarbeit oder in ehrenamtlicher Tätigkeit erworben haben. Die Kandidaten müssen darüber hinaus in der Lage sein, zuzuhören, ihre Vorstellungen in der Öffentlichkeit verständlich zu formulieren und in den Massenmedien darzustellen.

9 Die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des Parlaments setzt voraus, daß die Kandidaten den Willen zur parteipolitischen Solidarität aufbringen. Die vielfältigen Interessenrichtungen, die in der CDU zusammenfließen, müssen aufeinander abgestimmt werden. Deshalb muß — unbeschadet der grundgesetzlich verankerten Gewissensfreiheit des Abgeordneten — die Bereitschaft zur gemeinsamen Entscheidungsfindung und zum Kompromiß vorhanden sein. Die Verpflichtung auf die Grundsätze der CDU erleichtert diese Kompromißbereitschaft.

Nur Mitglieder können die CDU als Kandidaten repräsentieren. Der Kandidat muß über die nötige Vertrauensbasis in der Partei verfügen. Dies schließt — insbesondere bei Persönlichkeitswahlrecht — nicht aus, Außenstehende dadurch zu gewinnen, daß man ihnen die Möglichkeit einer Kandidatur eröffnet.

10 Das bisherige, überwiegend repräsentativ-demokratische Verfahren der Kandidatenaufstellung hat sich bewährt. Das Kandidatenaufstellungsverfahren soll nicht bundeseinheitlich, sondern entsprechend der regionalen und örtlichen Bedürfnisse geregelt werden und den Parteimitgliedern möglichst starke Mitwirkungsmöglichkeiten einräumen, z.B. durch Mitgliederversammlungen, Mitgliederbefragungen und offene Delegiertenversammlungen.

Neben dem örtlich zuständigen Parteivorstand haben auch der Landesvorstand (für Landtagswahlbezirke) und der Bundesvorstand (für Bundestagswahlkreise) ein Vorschlagsrecht für die Kandidaten.

II. Aktive und informierte Mitgliedschaft als Basis einer Volkspartei

Situationsbeschreibung

11 Zwischen 1969 und 1982 — in den Jahren der Opposition — hat sich die Mitgliederzahl der CDU fast verdreifacht. Während die Mitgliederzahlen noch bis 1984 anwuchsen, ist seit dieser Zeit ein gegenläufiger Trend feststellbar. Der durch Austritte und Sterbefälle verursachte Rückgang wird durch Neuzugänge nicht ausgeglichen.

Besorgniserregender als der Mitgliederrückgang sind die Verschiebungen in der Mitgliederstruktur. Mehr als 50 Prozent der CDU-Mitglieder sind älter als 50 Jahre. Weitere 25 Prozent sind älter als 40 Jahre. Lediglich 3,9 Prozent gehören der Altersgruppe der 25- bis 29jährigen an, und nur 2,8 Prozent sind jünger als 25 Jahre. Der Anteil der 16- bis 20jährigen liegt bei einem Prozent.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder beträgt 22,5 Prozent. Das Durchschnittsalter dieser Mitglieder liegt bei 52,1 Jahren. Besonders unterrepräsentiert in der Mitgliedschaft sind Berufsgruppen, die für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft die zentrale Wachstumsgruppe bilden. Hierzu gehören insbesondere der technische Bereich und die privaten Dienstleistungen.

Die Bilanz der Neuaufnahmestatistik für 1988 zeigt zwar eine günstigere Tendenz; hier liegt das Durchschnittsalter bei 42,7 Jahren; bei Frauen bei 45,1 Jahren. Auf die Gruppe der 25- bis 29jährigen entfallen neun Prozent der Neueintritte (Frauen 6,3 Prozent). Der Frauenanteil bei Neueintritten beträgt fast ein Drittel (31,8 Prozent).

Anlaß zur Sorge geben die Strukturdaten vieler Ortsverbände. Es gibt Ortsverbände, die keine weiblichen und keine Mitglieder unter 25 Jahren — teilweise sogar keine Mitglieder unter 30 Jahren — haben.

Empfehlungen

12 Um dem Anspruch einer Volkspartei gerecht zu werden, ist auf längere Sicht der Altersaufbau und die soziale Struktur der Mitgliedschaft durch neue Impulse in der Mitgliederwerbung zu verändern. Andernfalls wird in absehbarer Zeit eine ausgewogene Struktur in der Partei nicht mehr vorhanden sein.

Vor allem Neumitgliedern, deren Bereitschaft zur Mitarbeit besonders groß ist, sollen konkrete Angebote zur Mitarbeit gemacht werden. Sie sollen nicht nur schriftlich eingeladen, sondern durch die Mandats- und Funktionsträger persönlich angesprochen und zur Mitarbeit angespornt werden. Es gilt, die Neumitglieder in den Grundkonsens der Partei einzubinden.

13 Die Mitgliedschaft in der CDU darf sich nicht darauf beschränken, durch finanzielle Beiträge die politische Arbeit der CDU zu unterstützen. Sie muß für das einzelne Mitglied den Effekt haben, daß es genauer und detaillierter über politische Vorgänge informiert ist als Mitbürger, die auf die Massenmedien angewiesen sind. Die periodischen Informationsmaterialien, die die CDU herausgibt, müssen dem besonderen Informationsbedürfnis des Mitglieds Rechnung tragen und entsprechend ausgebaut werden. Vorhandene Parteimedien wie der wöchentlich erscheinende UiD für Mandats- und Funktionsträger sowie das Deutsche Monatsblatt sind entsprechend zu gestalten, um die Argumentationsfähigkeit der Mitglieder zu stärken.

Die Mitgliedschaft in der CDU muß tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen eröffnen. Mitglieder wollen nicht nur Beschlüsse von Gremien der Partei nachvollziehen; sie wollen mitbeteiligt sein an politischen Entscheidungsprozessen.

Die Möglichkeit, an politischen Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt zu sein, ist ein Vorrecht, das sich aus der Mitgliedschaft ergibt. Deshalb ist deutlich zu unterscheiden zwischen den Veranstaltungen, in die Bürger und Sachverständige außerhalb der Partei einbezogen werden (z. B. Anhörungen und Foren), und den Mitgliedern vorbehaltene Veranstaltungen zur Herbeiführung einer politischen Entscheidung. Die CDU diskutiert mit allen Bürgern — entschieden wird von den Mitgliedern.

Die Möglichkeit, an politischen Entscheidungen aktiv beteiligt zu sein, wird vom Mitglied vor allem dort real erfahren, wo es in seinen lokalen Lebensbezügen ganz persönlich betroffen ist.

14 Der Anteil an Frauen, jungen Menschen und gewerblichen Arbeitnehmern in der CDU muß erhöht werden. Besonders anzusprechen sind bei der Mitgliederwerbung die unterproportional vertretenen Berufsgruppen aus dem technischen und dem privaten Dienstleistungsbereich sowie aus den sozialen Diensten.

Mitgliederwerbeaktionen müssen mit der Diskussion aktueller politischer Themen verbunden sein. Dazu ist erforderlich:

■ Die Partei stellt aktuelle Themen und Grundsatzfragen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

■ Parteiveranstaltungen werden für die Mitarbeit interessierter und sachkundiger Bürger geöffnet.

■ Die Partei versteht sich auch als ein „Dienstleistungsunternehmen“ für politisch interessierte und kontaktsuchende Bürger.

■ Die Partei bemüht sich stärker als bisher um eine Verbindung zwischen den Funktions- und Mandatsträgern und den gesellschaftlichen Gruppen im vorpolitischen Raum.

■ Die Partei führt verstärkt gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Gruppierungen durch.

15 Viele Menschen interessieren sich für die Arbeit einer Partei zunächst aufgrund persönlicher Qualifikation und Interessenlage. Ihre Zustimmung machen sie davon abhängig, inwieweit sie bestimmte, gerade sie betreffende Themen in einer Partei wiederfinden.

Eine kontinuierliche Beteiligung der Mitglieder sorgt für eine bessere — auch emotionale — Bindung an die Partei. Dazu ist erforderlich:

■ Ein Angebot interessanter politischer Themen mit persönlichem Bezug, um Chancen für eine praktische Mitarbeit zu eröffnen.

■ Ein Angebot zur aktiven Politikgestaltung durch Übernahme von Mandaten und Parteifunktionen im Bereich der vorgegebenen Interessensgebiete.

16 Moderne Parteiarbeit kann nicht darauf verzichten, daß möglichst viele Mitglieder bereit und in der Lage sind, die politischen Ziele der CDU im Gespräch und durch andere Formen des Engagements überzeugend zu vertreten.

Die ständige Fort- und Weiterbildung ist zu einer wesentlichen Voraussetzung einer überzeugenden politischen Arbeit geworden. In jedem Orts- und Kreisvorstand sollte ein Vorstandsmitglied für die Bildungsarbeit zuständig und verantwortlich sein.

An erster Stelle muß die Qualifizierung des Mitglieds durch Information stehen. Das Mitglied muß in der Lage sein, politische Vorgänge in ihren Zusammenhängen zu erfassen und Argumente des politischen Gegners zu widerlegen. Wo notwendig und gewünscht, muß das Mitglied die Möglichkeit

haben, sich rasch detaillierte Informationen zu beschaffen. Diesem Ziel müssen die Informationsmaterialien dienen.

Ebenso sind alle hauptamtlichen Mitarbeiter und alle Funktions- und Mandatsträger zur ständigen Fortbildung verpflichtet.

III. Bürgernahe Formen der Parteiarbeit

Situationsbeschreibung

17 Die Arbeit der Parteien — vor allem die Themenauswahl bei politischen Veranstaltungen — entspricht nicht immer der Interessenlage und dem Freizeitverhalten der Bürger; sie läßt teilweise auch Aktualität vermissen. Vielfältige neue Möglichkeiten der Begegnung mit dem Bürger bleiben ungenutzt. Die Parteien öffnen sich zu wenig dem Gespräch mit dem Bürger. Die politische Meinungsbildung am Arbeitsplatz wird unterschätzt. Die Zusammenarbeit mit Presse, lokalem Hörfunk und Fernsehen ist verbesserungsfähig. Kontinuierlich erscheinende eigene Zeitungen oder Bürgerinformationen sind die Ausnahme, nicht die Regel.

Empfehlungen:

18 Die CDU muß im Alltag der Menschen präsent sein. Mehr Bürgernähe muß erstes Ziel aller Anstrengungen zur Verbesserung der Parteiarbeit sein. Bürgernähe setzt voraus, daß die CDU an den Begegnungsstätten in der Arbeitswelt und in der Freizeit ansprechbar ist. Über die modernen Kommunikationsmittel müssen auch gezielte persönliche Ansprachen ermöglicht werden.

19 Die CDU muß den Weg zum Bürger gehen, ein breites Angebot vielfältiger neuer Veranstaltungsformen entwickeln und diese Vielfalt auch nutzen. Veranstaltungen müssen themenbezogen und aktuell sein. Zentrale Großveranstaltungen sind nur attraktiv, wenn ein Spitzenpolitiker von überregionaler Bedeutung die Veranstaltung inhaltlich trägt und ausfüllt. Die Regelveranstaltung der CDU vor Ort ist die kleine, an Themen und Zielgruppen orientierte Diskussionsveranstaltung.

Politische Veranstaltungen müssen wesentlich stärker als bisher die Seh- und Hörgewohnheiten der Bürger berücksichtigen, wie sie vor allem durch Fernsehen und Hörfunk geprägt werden. Auch in der Parteiarbeit muß der Einsatz moderner Medien verstärkt werden. Die vielfältigen Möglichkeiten,

Politik interessant und informativ zu vermitteln, müssen genutzt werden. Eine Viertelstunde Talk-Show und eine Viertelstunde Politiker-Rede erreichen mehr als eine 40minütige Rede. Politische Veranstaltungen sollten durch kulturelle, unterhaltsame Beiträge aufgelockert werden.

Neben der größeren Veranstaltung mit mehreren solchen Elementen kommt dem politischen Kleingruppengespräch (z. B. „politischer Stammtisch“) große Bedeutung zu. Hier kann dem Bedürfnis des Bürgers nach individueller Diskussion Rechnung getragen werden. Gute Erfahrungen werden mit Nachbarschaftstreffen gemacht, an denen Mandatsträger teilnehmen.

20 Die traditionelle Veranstaltungs-Praxis ist zu überprüfen. Die CDU muß mehr offene Veranstaltungen anbieten. Die Veranstaltungszeiten sind zielgruppenadäquat zu wählen, da sich berufliche und private Verhaltensweisen geändert haben. Einladungen zu Veranstaltungen müssen auch individuelle Gruppenbedürfnisse berücksichtigen. Um Frauen die Teilnahme an Veranstaltungen der CDU zu erleichtern, sind Möglichkeiten zur — ehrenamtlichen — Betreuung der Kinder in dieser Zeit zu organisieren.

21 Entscheidungen in den Fraktionen, den Parlamenten, den kommunalen Vertretungskörperschaften, den Ausschüssen oder der Verwaltung müssen durch die öffentliche und offene Diskussion in der Partei begleitet und so Entscheidungsprozesse offengelegt werden. So können Entscheidungsgründe besser vermittelt und dem Bürger mehr Information und Mitwirkung ermöglicht werden. Diese Aufgabe hat die Partei nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern während der gesamten Legislaturperiode.

Sitzungen von Parteigremien sollen stärker zur Diskussion und Vorbereitung politischer Entscheidungen genutzt werden. Die Arbeit kann so vor allem in den Städten und Gemeinden politisch aktueller gestaltet und der politische Gestaltungsanspruch der Partei sichtbar gemacht werden.

22 Der Stärkung der Betriebsarbeit kommt ein besonderes Gewicht zu. Die CDU will keine Parteipolitisierung der Betriebe. Aber insbesondere am Arbeitsplatz und in den Betrieben findet politische Diskussion und Information ständig statt. Die CDU muß ihre Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen unterstützen, informieren und fortbilden. Mitglieder der CDU sollen auf die Übernahme von Vertretungsfunktionen für die Arbeitnehmer ermuntert, vorbereitet und bei Wahlen unterstützt werden. Der ständige Dialog mit den Arbeitnehmervertretern in den Betrieben (Vertrauensleute, Betriebsräte, Personalräte, Arbeitnehmervertreter in den

Aufsichtsräten) ist eine selbstverständliche Pflicht aller Mandatsträger der CDU.

Die Betriebsarbeit darf sich nicht allein auf Großbetriebe beziehen, sondern muß auch mittelständische Unternehmen einbeziehen. Besondere Bedeutung kommt dem wachsenden Dienstleistungsbereich einschließlich der sozialen Dienste zu. Der Charakter der CDU als Volkspartei muß auch dadurch zum Ausdruck kommen, daß sie eine ausreichende Anzahl von Mitgliedern und Amts- und Mandatsträgern hat, die in der Arbeitnehmerschaft und ihren betrieblichen Vertretungen verwurzelt sind und in der Lage sind, die Anliegen der Arbeitnehmer in die Parteiarbeit einzubringen und die Politik der CDU in einer für die Arbeitnehmer verständlichen Sprache zu vermitteln.

23 Das Engagement von Mitgliedern der CDU in Kirchen, Vereinen und Verbänden ist zu stärken. Diese wichtige Arbeit für die Gesellschaft vermittelt hohes Ansehen, das auch der CDU zugute kommen kann.

Dem Gespräch mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften, ihren Einrichtungen und Verbänden kommt eine besondere Bedeutung für die CDU zu. Durch regelmäßige Gespräche mit den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen kann die Gesprächsfähigkeit der CDU zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld verbessert werden.

Bürgernähe sollte grundsätzlich auch dort gesucht werden, wo die CDU traditionell bislang weniger engagiert war: in freien Initiativen und Bürgergruppen. Nicht in jedem Fall kann sich die CDU hinter die Ziele und Absichten von Bürgerinitiativen stellen. Sie soll dies aber dort tun, wo ein berechtigtes Bürgerinteresse auch deshalb in Bürgerinitiativen einmündet, weil Verwaltungen und Parteien solche Interessenssituationen nicht frühzeitig aufgespürt und aufgegriffen oder das Gespräch darüber nicht rechtzeitig geführt haben.

24 Moderne Parteiarbeit muß die Entwicklung der Gesellschaft zu einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft berücksichtigen. Die CDU muß sich gezielt der vielfältigen Möglichkeiten moderner Kommunikationsformen bedienen. Parteieigene Zeitungen sind auf Dauer nur erfolgreich, wenn sie in Technik, Aktualität und Aufmachung den im Handel befindlichen Zeitungen entsprechen. Wo Gliederungen der Partei eigene Zeitungen produzieren und verteilen, sollten sie die professionelle Hilfestellung von Parteizentralen in Anspruch nehmen können. Dabei ist vor allem auf die durchschnittlichen Lesegewohnheiten der Bürger Rücksicht zu

nehmen. Solche zentralen Hilfen brauchen die Vielfalt an Publikationen nicht zu schmälern. Auch die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation müssen ausgebaut werden.

Angesichts einer starken Lokalisierung der Publizistik — z. B. durch lokalen Rundfunk — muß die Pressearbeit vor Ort verstärkt werden. Zwischen den lokalen Redaktionen und der CDU muß ein ständiger Kontakt gepflegt werden. Dazu gehören Presseerklärungen und Redaktionsbesuche. In diese Kontaktpflege sind nicht nur die traditionellen Abonnements- und Kaufzeitungen, sondern auch neue Produkte wie Anzeigenblätter, Stadtzeitungen sowie lokaler Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) einzubeziehen.

Neue Wahlkampfformen, z. B. Wahlkampfzeitungen, eröffnen neue Ansprachemöglichkeiten. Der Mittelaufwand für derartige Zeitungen sollte durch Einsparungen bei anderen Wahlkampfaktivitäten alter Art gesichert werden. Die CDU muß alle geeigneten Formen moderner Werbestrategien im politischen Bereich einsetzen. Dies gilt auch für Brief- und Telefonaktionen.

IV. Organisation als Voraussetzung für erfolgreiche Parteiarbeit

Situationsbeschreibung

25 Die CDU Deutschlands ist dreistufig in

- Kreisverbände
- Landesverbände und
- Bundespartei

gegliedert.

Einzelne Landesverbände haben als weitere Organisationsform zwischen Kreis- und Landesverband den Bezirksverband. Die Regelung der jeweiligen Zuständigkeit von Landes- und Bezirksverband ist Aufgabe des Landesverbandes.

Für die spezielle Einwirkung auf gesellschaftliche Gruppen gibt es als organisatorische Zusammenschlüsse die Vereinigungen mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen und den Sachverstand der von

ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren (Statut § 39.1).

Die CDU verfügt auf Kreis-, Landes- und Bundesebene über hauptamtliche Mitarbeiter, die die gewählten ehrenamtlichen Funktionsträger in ihrer politischen Arbeit unterstützen.

In nicht wenigen Fällen werden Kreisgeschäftsstellen für zu kleine Kreisverbände unterhalten. Sie sind meist nicht finanzierbar. Die Kreisgeschäftsführer können ihre eigentlichen Aufgaben nicht wahrnehmen, und die zur Verfügung stehende Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter ist unzureichend. Technische Einrichtungen zur Erleichterung der Büroarbeit fehlen in vielen Fällen.

26 Die Landesverbände sind nach dem Statut (§ 16) die Organisationen der CDU in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Sie bestimmen die Richtlinien der politischen und organisatorischen Arbeit in dem jeweiligen Bundesland. Für alle politischen Maßnahmen — soweit sie nach dem Grundgesetz und den jeweiligen Landesverfassungen zu den Aufgaben der Länder gehören — sind sie verantwortlich. Dazu zählen u. a. die Formulierungen der Leitlinien in der Landespolitik und die Vorbereitung und Durchführung der Landtags- und Kommunalwahlen. In Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden beschließen sie Grundsätze für die Kommunalpolitik.

27 Die Entwicklung der CDU in den 70er Jahren zu einer Mitglieder- und Programmpartei wäre ohne eine schlagkräftige Organisation und eine effizient arbeitende Bundesgeschäftsstelle nicht möglich gewesen.

Für die 90er Jahre muß die Organisationsform der Bundesgeschäftsstelle weiterentwickelt werden.

Dabei stehen drei Zielsetzungen im Vordergrund:

■ Neue Erfordernisse der modernen Kommunikation:

Eine neue Medienlandschaft ist entstanden, die eine veränderte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verlangt.

■ Neue Organisationsmöglichkeiten:

Die elektronischen Kommunikationsmittel bieten für Text- und Datenverarbeitung neue Möglichkeiten der Organisation an.

Beseitigung des finanzwirtschaftlichen Ungleichgewichts:

Die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben hat seit Anfang der 80er

Jahre zu einem strukturellen finanzwirtschaftlichen Ungleichgewicht geführt, das eine strukturelle Überprüfung der Einnahmen- und Ausgabenverteilung innerhalb der gesamten Partei verlangt.

28 Die Vereinigungen haben eine Doppelfunktion, die eine wesentliche Stärke der Union ausmacht. Sie repräsentieren ihre Gruppen, in denen sie Politik treiben, und sie verwurzeln die Partei in ihren Gruppen. Die Aufgaben, sowohl ihre Gruppe als auch die Partei zu vertreten, müssen im Gleichgewicht zueinander stehen.

Dieses Gleichgewicht zu sichern und zu erhalten, ist eine wichtige Aufgabe der Parteiführung und der Vorstände der Vereinigungen. Werden die Vereinigungen zu stark in die Partei integriert, verlieren sie in der Partei ihre Sprecherfunktion für wichtige Gruppierungen. Lösen sie sich zu weit von der CDU, verlieren sie ihren Einfluß sowohl in der CDU als auch in ihrer Gruppierung und gefährden ihr Mandat, für die CDU zu sprechen.

Entscheidend ist, daß eine Vereinigung ihre parteiorganisatorische Legitimation von der Gesamtpartei erhält, und daß die Gesamtpartei die Trägerin des politisch-parlamentarischen Mandats der CDU ist.

Die derzeitige Struktur und die Arbeitsweise der Vereinigungen der CDU entspricht nicht immer den Anforderungen. Der Mitgliederbestand ist zu gering. Die intensive Einwirkung auf die Berufs- und Altersgruppen, die dem spezifischen Aufgabenkreis der Vereinigungen entsprechen, fehlt oft. Es ist aber auch eine Aufgabe der örtlichen Partei, die Arbeit der Vereinigungen zu unterstützen.

Empfehlungen

29 Die Dreistufigkeit der Parteiarbeit — die auch der innerstaatlichen Gliederung entspricht — hat sich grundsätzlich bewährt. Dennoch ist bei einer Neuordnung der Organisationsstruktur eine flächendeckende und gleichwertige Versorgung der Parteigliederungen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland mit modernsten Hilfsmitteln der Organisation und Kommunikation anzustreben. Ziel ist es, leistungsfähige Parteistrukturen auf lokaler Ebene zu schaffen, durch die eine größere Bürgernähe hergestellt, die öffentliche Wirksamkeit verbessert und ein wirtschaftlicher Einsatz finanzieller Mittel gewährleistet wird. Notwendig ist dabei die sinnvolle Verbindung der hauptamtlichen Arbeit (Geschäftsstelle) mit der ehrenamtlichen Parteiarbeit (Bürgertreff/Bürgerbüro).

30 Es ist erforderlich, die Funktion der Kreisgeschäftsstelle neu zu beschreiben:

■ Kreisgeschäftsstellen sind Kommunikations- und Dienstleistungszentren, hauptamtlich besetzt und mit modernen Kommunikationstechniken ausgestattet. Sie sind z.B. zuständig für die Betreuung von Parteigremien, für politische Informationen und die Organisation von Wahlkämpfen sowie die Verwaltung der Mitgliederkartei.

Personalbestand, technische und finanzielle Ausstattung zur Erfüllung dieser Aufgaben setzen eine gewisse Mindest-Mitgliederzahl voraus. Wo diese Zahlen nicht erreicht werden, ist eine gemeinsame Geschäftsstelle für mehrere Kreisverbände zweckmäßig.

■ Die Landesverbände legen die Standorte dieser Geschäftsstellen fest. Diese Festlegung erfolgt unter Wahrung der im Statut verankerten politischen Selbständigkeit der Kreisverbände. Diese sollen in ihrer regionalen Abgrenzung deckungsgleich mit den Grenzen der Verwaltungskreise sein.

■ Bestehende Gemeinde-, Stadt- oder kleinere Kreisgeschäftsstellen sollen als lokale Kontakt- und Betreuungsstellen mit einem „Parteibeauftragten“ neben- oder ehrenamtlich geführt werden. Unter Verantwortlichkeit der überregionalen Geschäftsstellen sind sie für Kommunalpolitik, Zielgruppen, Bürgersprechstunden, Mitgliederbetreuung und Ortsverbandsarbeit zuständig.

31 Ziel dieser Neuorganisation der Geschäftsstellen muß sein, den Kreisgeschäftsführer weitgehend von verwaltungstechnischen Tätigkeiten zu entlasten und den Hauptteil seiner Aufgaben in der Betreuung und Förderung der politischen Arbeit des Kreisvorstandes, der Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirks- und Ortsverbände, der Vereinigungen sowie der kommunalen Fraktionen zu sehen.

Der Kreisgeschäftsführer ist als Geschäftsstellenleiter für den ordnungsgemäßen Arbeitsablauf der Geschäftsstelle verantwortlich. Er ist Vorgesetzter aller Mitarbeiter der Geschäftsstelle; er motiviert und koordiniert die Arbeit aller hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter.

Er muß verantwortlich dafür sorgen, daß

■ die anfallende Verwaltungsarbeit reibungslos erledigt wird,

■ die Ausgaben der Geschäftsstellen im Rahmen des Haushaltsplanes bleiben,

■ Wahlkämpfe optimal organisiert werden.

Mit diesen Aufgaben steht der Kreisgeschäftsführer an der Schnittstelle von Politik und Administration. Dies ist eine nicht hoch genug einzuschätzende Koordinations- und Managementaufgabe auf politischer Grundlage, die besondere Anforderungen an seine Qualifikation stellt.

Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt durch den jeweiligen Landesverband. Vorgesetztenfunktion haben die Kreisvorsitzenden und der Geschäftsführer des anstellenden übergeordneten Gebietsverbandes. Voraussetzung für eine Einstellung sind eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens dreijährige Berufserfahrung. Auch für wissenschaftlich qualifizierte Bewerber gilt eine mindestens dreijährige berufliche Bewährung.

Anstellungsvoraussetzung für hauptamtliche Mitarbeiter der Partei ist eine gründliche sechsmonatige parteiinterne Ausbildung in der Probezeit. In dieser Zeit **müssen** sie die Bundespartei, die Landespartei sowie einen oder mehrere Kreisverbände kennenlernen. Sie werden dabei in folgende Bereiche eingearbeitet:

- Veranstaltungsorganisation,
- Kommunikationstechniken,
- praktische Öffentlichkeitsarbeit (Mitgliederwerbung, Publikationswesen usw.),
- Programmarbeit sowie
- Finanzierungs-, Rechts- und Steuerfragen.

32 Die Landesverbände sind die Schaltstelle zwischen den Gliederungen der Partei. Sie erfüllen generell — insbesondere in Wahlkämpfen — eine Dienstleistungsfunktion gegenüber den nachgeordneten Verbänden. Zu ihren Aufgaben zählt auch die Umsetzung der Arbeit der Bundespartei. Die personelle und technische Ausstattung der Landesgeschäftsstellen müssen diesen Erfordernissen entsprechen. Die Landesgeschäftsstelle hat die Dienstaufsicht über die Kreisgeschäftsführer. Ihr soll auch die Dienstaufsicht über die hauptamtlichen Mitarbeiter der Vereinigungen im Landesverband obliegen.

33 Bei der Bundespartei muß dem finanzwirtschaftlichen Ungleichgewicht durch eine Organisationsreform begegnet werden. Der Grundgedanke ist eine

Reform der Organisation und Aufgabenverteilung im Verbund der auf der Organisationsstufe des Bundes arbeitenden Institutionen: Dies ermöglicht eine Entlastung der Bundesgeschäftsstelle. Darüber hinaus sind technische Aufgaben auf Wirtschaftsbetriebe der Partei zu verlagern sowie Verwaltungsabläufe zu rationalisieren. Durch eine gezielte Verlagerung von Aufgaben und die damit verbundenen neuen Personalstrukturen muß die Bundesgeschäftsstelle in neuer Form mit etwa 25 Prozent weniger Mitarbeitern auskommen. Darüber hinaus ist durch eine Überprüfung der Verwaltungsabläufe durch einen Unternehmensberater oder Wirtschaftsprüfer die Möglichkeit weiterer Einsparungen zu prüfen.

Auch in den Bereichen wissenschaftliche Arbeit, politische Bildung und Durchführung von Fachtagungen können Umverlagerungen und Neuorganisationen dazu führen, daß die politische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle konzentriert wird auf Kommunikation, Wahlkampf, Organisation und inhaltliche Programmarbeit. Gerade in diesen Bereichen erfüllt die Bundesgeschäftsstelle eine wichtige und unverzichtbare Servicefunktion für die Landes- und Kreisverbände. Die neuen elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen dazu neue Ansatzpunkte. Das setzt allerdings eine entsprechende apparative Ausstattung auf allen Organisationsstufen der Partei voraus.

34 Um den neuen Aufgaben gerecht zu werden, hat die Bundesgeschäftsstelle der 90er Jahre „redaktioneller“ zu arbeiten, das heißt, sie muß sich im Wettstreit um Meinungsführerschaft in der Mediengesellschaft bewähren. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit Presse, Hörfunk und Fernsehen eine zentrale Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle; die inhaltliche Vorbereitung und die Umsetzung für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit. Bisherige Arbeiten, z.B. umfangreiche Beantwortung von Briefen, fachliche Auskünfte aller Art, tagespolitisch programmatische Arbeit sowie die Betreuung der Bundesfachausschüsse müssen gestrafft werden. Das gleiche gilt für die Aufgabenbereiche der Betreuung der Verbände sowie für die Betreuung einzelner politischer Bereiche. Der satzungsmäßigen Ordnung für die Bundesfachausschüsse der CDU ist wieder Geltung zu verschaffen; dies gilt insbesondere für die Zusammensetzung und die Höchstmitgliederzahl.

35 Die Bundespartei leistet mit ihren Publikationen einen wichtigen Beitrag zur politischen Information der Mitglieder. Da der UiD nur einer begrenzten Zahl von Mitgliedern, das heißt in erster Linie Funktions- und

Mandatsträgern, zur Verfügung gestellt werden kann, ist es notwendig, daß das Deutsche Monatsblatt und andere Publikationen im verstärkten Umfang politische Informationen und politische Argumentationen enthalten.

36 Die Vereinigungen müssen sich stärker auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen und ihre Außenwirksamkeit in die von ihnen repräsentierten Zielgruppen erheblich verbessern. Hierzu ist erforderlich:

■ Die Arbeit der Vereinigungen muß in die Parteiarbeit integriert sein. Eine aktive Arbeit für die CDU ist notwendig.

■ Die Mitgliedschaft in allen Vereinigungen soll ohne Mitgliedschaft in der Partei möglich sein. Mitgliederdaten werden bei der Zentralen Mitgliederkartei geführt und verwaltet.

■ In den Vereinigungen muß das Bewußtsein lebendig sein, daß die Partei weitaus mehr als eine Dachorganisation der Vereinigungen ist.

■ Die Kreisvorsitzenden und Kreisvorstände der CDU müssen sich auch als Sachwalter der Vereinigungen verstehen und verantwortlich dafür eintreten, daß auch Frauen, junge Menschen und Arbeitnehmer gezielter in die Partei einbezogen werden. Umgekehrt haben die Vereinigungen in ihrer Arbeit das Gesamtinteresse der Partei zu beachten. Die Geschäftsführung der Vereinigungen soll durch die Geschäftsstellen der Partei erfolgen.

V. Finanzen

Situationsbeschreibung

37 Der 36. Bundesparteitag hat beschlossen zu prüfen, ob die „über Jahrzehnte erprobte Aufgabenverteilung zwischen Kreis-, Landes- und Bundespartei ... hinsichtlich neuer, gewandelter Aufgaben“ noch stimmt.

Bei Landtags- und auch Kommunalwahlen treffen die Wähler ihre Entscheidungen zunehmend nach bundespolitischen Gesichtspunkten. Die Bundespartei wird deshalb personell und materiell verstärkt für diese Wahlkämpfe in Anspruch genommen. Die aus den ständigen, bundespolitisch beeinflussten Wahlen und dem erhöhten Informationsbedarf in Zeiten der Regierungsverantwortung und einer stark von Medien geprägten Gesellschaft resultierende hohe Beanspruchung führt insgesamt zu erheblich höheren finanziellen Aufwendungen.

Weiterhin sind durch die zentrale Mitgliederverwaltung, das CDU-Kommunikationsnetz und die Vorschriften über die Erstellung von Rechenschaftsberichten die Anforderungen an die Administration der Parteizentrale gestiegen. Auch dies hat zu einer Kostensteigerung geführt.

Die Finanzausstattung auf den verschiedenen Ebenen der Partei ist sehr unterschiedlich. Der Gesamtverband CDU ist wirtschaftlich gesund, einzelne Verbände — u. a. die Bundespartei — sind allerdings am Gesamtfinanzaufkommen nicht angemessen beteiligt.

Die Mitgliedsbeiträge sind im Vergleich zu Beiträgen anderer gesellschaftlicher Organisationen erheblich zurückgeblieben. Ihre Verteilung an die einzelnen Organisationsstufen der Partei ist unabhängig von der tatsächlichen Aufgabenzuweisung.

Auch die Bundespartei ist auf den Beitragsanteil ihrer Einnahmen angewiesen. Er ist seit nunmehr 15 Jahren konstant geblieben. Die Spenden sind ausweislich der Rechenschaftsberichte bei der Bundespartei stark rückläufig, auf Kreisverbandsebene stabil.

Empfehlungen

38 Künftig sollte der Grundsatz gelten: Die einzelnen Organisationsstufen müssen am Gesamtaufkommen so beteiligt werden, wie es den ihnen übertragenen Aufgaben entspricht. Bundes- und Landesparteien sollen sich weiterhin aus den „drei Quellen“ angemessene Beitragsanteile, Spenden und öffentliche Mittel finanzieren.

Alternative A (zu Ziffer 40):

39 Die Finanzverteilung muß so organisiert sein, daß die jeweiligen Wahlkampfkostenerstattungen bei der Bundes- und den Landesparteien verbleiben.

Eine Verbesserung der Finanzausstattung der Bundespartei ist unumgänglich. Deshalb wird ab 1. 1. 1990 bis zum 31. 12. 1994 von den Kreisverbänden eine Umlage von 6,— DM pro Mitglied und Jahr — zusätzlich zu der bestehenden Beitragsabführung — über die Landesverbände für die Bundespartei erhoben. § 8 Abs. 1 FBO gilt entsprechend.

Alternative B (zu Ziffer 39):

40 Die Finanzverteilung muß so organisiert sein, daß die jeweiligen

Wahlkampfkostenerstattungen bei der Bundes- und den Landesparteien verbleiben.

Eine Verbesserung der Finanzausstattung der Bundespartei ist unumgänglich. Deshalb wird der Beitragsanteil der Bundespartei ab dem 1. 1. 1990 von 1,— DM pro Mitglied und Monat auf 1,25 DM pro Mitglied und Monat erhöht.

41 Dem Kostenverursacherprinzip soll stärker Rechnung getragen werden. Dies gilt z. B. für Service-Leistungen.

Alternative A (zu Ziffer 43):

42 Für alle Mitglieder sollte ein Grundbeitrag von 10,— DM pro Monat festgelegt werden. Bei Altmitgliedern sollten die Kreisvorstände durch regelmäßige Aktionen versuchen, zumindest diese Beitragshöhe zu erreichen. Unter Berücksichtigung der steuerlichen Entlastung ergibt ein Grundbeitrag in Höhe von 10,— DM pro Mitglied und Monat lediglich eine Netto-Belastung von 60,— DM pro Jahr. Wie bisher sollte der Beitrag aufgrund einer Selbsteinschätzung gezahlt werden.

Alternative B (zu Ziffer 42):

43 Die Beiträge sollten wie bisher auf Grund einer Selbsteinschätzung gezahlt werden. Bei Altmitgliedern sollten die Kreisvorstände durch regelmäßige Aktionen versuchen, die Beiträge zu erhöhen. Unter Berücksichtigung der steuerlichen Entlastung würde z. B. ein Beitrag in Höhe von 10,— DM pro Mitglied und Monat lediglich eine Nettobelastung von 60,— DM pro Jahr ausmachen.

44 Auf allen Ebenen der Partei müssen im Verlauf einer Legislaturperiode (vier/fünf Jahre) Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht sein. Wo dies gegenwärtig nicht der Fall ist, müssen baldmöglichst zu diesem Zwecke verbindliche Finanzplanungen erstellt werden. Den Schatzmeistern ist auf allen Ebenen ein Veto-Recht bei der Kreditaufnahme einzuräumen, das nur durch eine qualifizierte Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes überstimmt werden kann. Zu prüfen ist, ob — abgesehen von kurzfristig rückzahlbaren Kassenkrediten — die Kreditaufnahme auch dann an eine qualifizierte Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes gebunden werden soll, wenn der Schatzmeister den Kredit beantragt. Die Haftung bei Kreditaufnahmen muß eindeutig geklärt sein.

Die Spendenakquisition soll den veränderten Bedingungen, insbesondere durch möglichst baldige Modellversuche des Direct-Mail, angepaßt werden.

Bei Spendenakquisitionen, die die nächsthöhere Organisationsstufe im Verantwortungsbereich von Untergliederungen durchführt, muß zuvor Einvernehmen über Art und Umfang der Akquisition hergestellt werden.

VI. Schlußfolgerungen

45 Wie für jede Institution, gilt auch für eine Partei, daß die Organisation dienende Funktion zur Erfüllung der Aufgaben hat. Die organisatorischen Strukturen der CDU als Volkspartei sind in den vergangenen 40 Jahren unter unterschiedlichen Bedingungen als Regierungs- und Oppositionspartei gewachsen und weiterentwickelt worden. Heute geht es darum, diese Organisationsstrukturen den gewandelten Rahmenbedingungen anzupassen. Es ist vorauszusehen, daß Interessen unterschiedlicher Art sich — wie auch in der Vergangenheit — einer notwendigen Innovation und Modernisierung widersetzen werden. Die entscheidende Frage lautet: Schafft sich die CDU die organisatorischen Voraussetzungen, um auch in Zukunft als Volkspartei die dominierende politische Kraft Deutschlands zu sein? In einer Wettbewerbsgesellschaft, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, gibt es Erfolg nur auf der Grundlage ständiger Innovation.